Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens

Herausgeber: [s.n.]

Band: 10 (1968)

Artikel: Graubünden : Land der Zukunft?

Autor: Bezzola, Roman E. / Cadruvi, Donat / Gadient, Ulrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-555570

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Graubünden — Land der Zukunft?

Mit dieser Frage wandten wir uns an einige Männer, die im aktiven politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Kantons stehen, und ersuchten sie um ihre freimütige Rückäußerung. Das Ergebnis unserer Rundfrage legen wir hier vor. Es ist in mehrfacher Hinsicht interessant und aufschlußreich. Von größter Bedeutung dürfte die Erkenntnis sein, daß wir ob den Schwierigkeiten der Gegenwart, die uns belasten und beengen, uns den Blick in die Zukunft nicht trüben lassen dürfen. Wir sollten vielmehr erkennen, daß sich gerade aus der besonderen, der exponierten und ungünstigen Lage unseres Kantons, aus seiner Weiträumigkeit und seinem Gebirgscharakter, auch wieder Vorteile ergeben können, die sich für die Zukunft fruchtbringend auswerten lassen, wenn wir nur die Kraft und den Willen haben, in der Gegenwart die Weichen richtig zu stellen. Damit soll nicht gesagt werden, daß der «Sonderfall Graubünden» inexistent sei oder auch nur eine Abschwächung erfahre. Aber nicht all das, was wir heute noch als Lasten und Nachteile empfinden, muß es auch in einer ferneren Zukunft in gleichem Maß noch sein. Freilich, nur wenn wir uns der Besonderheiten unseres Landes in allen seinen vielfältigen Belangen bewußt sind und nur wenn wir uns selbst treu bleiben, werden wir in der Lage sein, die richtige Marschroute einzuhalten. Darüber sprechen sich die nachfolgenden Antworten überzeugend aus.

Jeder der Angefragten sieht die Dinge in seiner Blickrichtung, und er befaßt sich begreiflicherweise nur mit einem Teil des Fragenkomplexes, mit jenem Teil, der ihn besonders beschäftigt. Interessant ist dabei, daß keiner der Beiträge der Frage gewidmet ist, ob unser gegenwärtiges kantonales Verfassungsrecht den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen unseres Kantons noch entspricht und welche institutionellen Änderungen sich allenfalls gebieterisch aufdrängen. Um eine gelegentliche Lösung gerade dieser Probleme werden wir aber nicht herumkommen, so heiß auch das Eisen sein mag, das wir damit anfassen müssen. Was vor mehr als siebzig Jahren als Grundgesetz unseres Staates geschaffen wurde, bildete ein ausgesprochenes Kompromißwerk, das schon damals bedauerliche Mängel aufwies. Heute erscheinen diese Verfassung und die sich auf sie stützenden Grundgesetze als in wichtigen Belangen weit überholt. Deshalb sollten wir vorweg der Erneuerung unserer staatlichen Organisation unser Augenmerk schenken und uns von der Vorstellung befreien, als sei der Weg in die Zukunft auf Geleisen möglich, die sich längst als zu schmal und schwach erwiesen haben. *Die Redaktion*

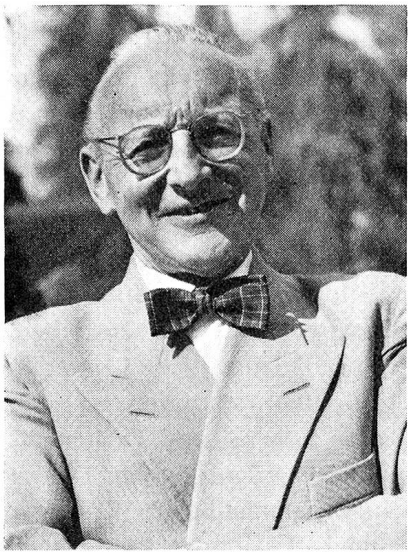
Unsere Erholungsräume

Land der Zukunft – wir denken an Kanada, Südamerika oder an Sibirien, aber sicherlich nicht an unser Land, das auf über tausend Jahre Geschichte zurückblicken kann – aber ein Land der Zukunft?

Ich möchte lieber sagen, wir müssen sehen, daß wir die Vergangenheit nicht verlieren und damit auch die Zukunft. Vergangenheit heißt: Berge, Wälder, Flüsse und Seen, Bergdörfer, Alpen und Weiden mit Blumen und Kühen.

Heute allerdings sind Natur und Beschaulichkeit nicht hoch im Kurs. Ferien und Entspannung gehen eher in der Richtung der bekannten drei S: «Süden, Sonne, Sex». Zu Hun-

derten sind im Laufe der letzten 10–15 Jahre die Hotels an den Ufern des Mittelmeeres wie Pilze aufgeschossen. Immer neue und noch weiter entfernte Ferienorte werden entdeckt und entwickelt. Übervölkerung, Industrialisierung und Motorisierung bringen es mit sich, daß die Oasen der Ruhe und Erholung, besonders in unserem alten Europa, immer mehr zusammenschrumpfen. Die Tendenz der Verstädterung greift immer mehr um sich und dringt bereits hinauf in unsere Kurorte.



Roman E. Bezzola, Flims, Präsident des Bündner Hoteliervereins

Ferienmachen ist wie so manches andere auch eine Modesache. Vor 50 bis 60 Jahren fuhr man im Winter an die Riviera und im Sommer in die Berge. Heute geht der Haupttrend gerade die umgekehrte Richtung: Unsere Wintersportplätze entwickeln sich dank bester Voraussetzungen, die Sommersaison hingegen ist in den Bergen eher rückläufig, denn den sonnenhungrigen Menschen von heute zieht es in den Süden. Auto und Flugzeug verringern die Distanzen von Jahr zu Jahr und eröffnen immer neue Möglichkeiten zu Preisen, die es heute jedem Angestellten und Arbeiter erlauben, fremde Länder und Meere zu besuchen.

Aber wie gesagt, die Mode kann und wird sich ändern. Der gehetzte Mensch von heute wird es spüren, daß allzuviel Sonne ihn und seine Kinder eher nervös macht und daß es bekömmlicher ist, auch im Sommer einen Teil seiner Ferien im gesunden Bergklima zu verbringen. Ein Ansatz zu dieser Wandlung zeigt sich schon in der Schuh- und Kleidermode von heute: Wanderschuhe in jeder Größe, entsprechende Kleidung für jung und alt, die vor 8 bis 10 Jahren noch gar nicht zu kaufen waren.

Ein großes Plus gegenüber früher ist die Tatsache, daß das Ferienmachen immer weitere Kreise erfaßt und über kurz oder lang zu einem modern entwickelten Staat gehört wie die Fünftagewoche. Dies führt uns zum heutigen Massentourismus, der sich immer stärker entwickeln wird und uns zwingt, sich entsprechend vorzubereiten und einzurichten. Unsere Kurorte – und zwar als Ganzes, nicht die einzelnen Hotels – müssen sich schon heute darüber klar werden, ob sie den bisherigen individuellen Tourismus beibehalten oder sich dem Massentourismus zuwenden wollen. Auf jeden Fall ist Schritthalten mit den modernen Bedürfnissen bezüglich Wohn- und Sportmöglichkeiten – und auch Eßgewohnheiten – erstes Gebot. Die Hauptsache jedoch ist, daß wir unsere natürlichen Schätze, die uns die Vergangenheit schenkte, erhalten und nicht augenblicklicher vermeintlicher Vorteile willen verschleudern und damit unsere Zukunft verkaufen.

Wer hätte noch vor 10 bis 15 Jahren gedacht, daß sogar bei uns in der Schweiz das saubere Wasser einmal knapp würde? Genau so könnte es uns in wenigen Jahrzehnten mit anderen Naturreichtümern gehen.

Die Weichen für die Zukunft müssen heute gestellt werden: Modernisierung, Zonenplanung, gute Baugesetze usw. und als erstes Orientierung unserer Bevölkerung, damit auch der Einzelne weiß, um was es eigentlich geht: «Unsern Kindern und Kindeskindern die Heimat für die Zukunft zu erhalten.»

Roman E. Bezzola

Die Jugend — unsere Zukunft

Wer die Zukunft «schöner und sorgenfreier» gestalten will – auf diese Weise verdeutlicht die Redaktion ihren Auftrag an die Mitarbeiter, die zu dieser Umfrage Stellung beziehen sollen –, muß zunächst wissen, was er von der Zukunft erwartet; es ist auch eine Frage des Maßes. Menschen, die mit beiden Füßen auf dieser harten Erde stehen, streben – als Gemeinschaftsziel – wohl nicht nach vollendetem Glück für das Individuum oder nach perfektem Wohlstand für ein Volk. Es ist also auch im Rahmen dieser Betrachtungen von Idealen abzusehen.

Donat Cadruvi, Dr. iur., Ilanz, Präsident der Konservativ-christlichsozialen Partei Graubünden

Es verbleiben noch zahlreiche Möglichkeiten, mit denen versucht werden soll, die Zukunft unseres Kantons und der Menschen, die in ihm leben, zu verbessern. Wer hat sich dieser Aufgabe zu unterziehen? Jeder, der dazu eine Gelegenheit hat. Eine solche Gelegenheit ist die berufliche und wissenschaftliche Ausbildung unserer jungen Leute. Mit tüchtigen Leuten werden wir jede Frage, auch und insbesondere jene nach der wirtschaftlichen Zukunft des einzelnen Menschen, des Dorfes und der gesamten Gemeinschaft, besser lösen können als mit Ungebildeten und Versagern. Damit ist bereits angedeutet, wo unsere Chance liegt: *In der Nutzung jeder Ausbildungsmöglichkeit für unsere Jugend beiderlei Geschlechts.* Diese Investitionen werden sich auf jeden Fall lohnen.

Es gab zwar eine Zeit, da man die Skepsis schürte, indem offiziell erklärt wurde, die Bildung fördere die Abwanderung; ihr Effekt komme also nicht unserem Kanton zugute. Die Rückflut erfasse nur die Alten, die Kranken und die Armen, also nicht jene Mitbürger, die aus den Bemühungen unserer Schulen wirtschaftlich Nutzen gezogen und einen Teil davon auch wieder der Gemeinschaft weitergegeben hätten. Diese Betrachtung geht von Erfahrungen des Lebens aus, die nicht umzustoßen sind. Sie berechtigt uns aber in keiner Weise, die Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule und der Bildung einzuschränken. Sie sind im Gegenteil systematisch voranzutreiben, und zwar auch für diejengen, die unserem Lande die Treue halten, vorausgesetzt, daß ihnen entsprechende Lebens- und Existenzbedingungen angeboten werden können. Das ist eben der sachliche Zusammenhang: Wenn wir uns darum bemühen, die jungen Leute nach der Lehre und nach dem Abschluß ihrer Studien wieder nach Hause zu bringen, dann ist der Erfolg vielfach abhängig von den wirtschaftlichen Chancen, die sich unserem Nachwuchs im entscheidenden Augenblick präsentieren. Auch hier bewegen sich die Dinge im Kreis.

Wo Schulen bestehen, ist das Bedürfnis, sie zu besuchen, ungleich größer als dort, wo derartige Einrichtungen fehlen. Dies läßt sich von Tal zu Tal nachweisen. Ich erwähne diesen – durch die Erfahrung erhärteten – Umstand, um ein Postulat anzudeuten: Bei der geographischen Aufsplitterung unseres Kantons und den großen Aufwendungen, die dadurch für die Kinder und ihre Eltern entstehen, ist es erforderlich, jede Talschaft mit jenen Einrichtungen und Mitteln auszurüsten, die geeignet sind, das Interesse an Schule und Ausbildung

bei Kindern und Eltern zu wecken, die aber auch mithelfen, die Ausbildungskosten zu vermindern. Ich denke an Progymnasien, an Schulen mit ersten Klassen eines Lehrerseminars, an entsprechende Ausbildungsstätten für künftige Kaufleute und Techniker, aber auch an dezentralisierte Schulen oder Kurse für die Landwirtschaft. Die Schwierigkeiten in der Rekrutierung der Lehrkräfte liegen auf der Hand; sie sind größer als die finanziellen Hindernisse. Sie sind aber auch zu meistern, besonders wenn man die Aufgabe nicht als ein Problem betrachtet, das in einigen wenigen Jahren zu lösen wäre. Es ist eine Aufgabe auf lange Sicht.

Mit diesen Hinweisen, die hier leider nicht weiter konkretisiert und vertieft werden können, möchte ich lediglich andeuten, daß die *Ausschöpfung aller Ausbildungsmöglichkeiten* einer dringenden Notwendigkeit entspricht. Sie führt nicht nur zur Abwanderung – die ohnehin ein Faktum ist –; sie führt auch unserer einheimischen Wirtschaft Nahrung zu. Ein Beispiel kann hier für viele andere stehen: Was könnte alles getan werden, um unserem Fremdenverkehr in seinen zahlreichen, auch wirtschaftlich interessanten Sparten einen gut ausgebildeten Nachwuchs zuzuführen, der mit verlockenden Aufgaben rechnen könnte? Die Tatsache, daß auf diesem Gebiet Selbsthilfe betrieben wird, darf noch nicht dazu führen, daß sich die Öffentlichkeit um die Belange dieses wichtigen Sektors unserer Volkswirtschaft nicht kümmert. Unser Kanton kann ihm nicht nur die schöne Landschaft und die gute Luft zur Verfügung stellen; seiner Jugend, die entsprechend auszubilden wäre, dürfen auch die beruflichen und wirtschaftlichen Aussichten solcher Tätigkeit auch von der Schule her erläutert werden.

Es soll bei diesem Beispiel sein vorläufiges Bewenden haben. Aber gerade dieses Beispiel soll dartun, wie schicksalhaft unser wirtschaftliches Wohlergehen auch in Zukunft mit dem Stand der Ausbildung unserer Jugend verknüpft ist. Da und dort kann Begonnenes weitergeführt werden. Es sind aber auch neue Initiativen erforderlich. Sie zu ermitteln und auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen, das wäre die Aufgabe einer umfassenden Untersuchung.

Donat Cadruvi

Mut zu neuen Wegen

Graubünden ist ein Sonderfall.

Es wäre ein Verhängnis, deswegen Mut und Initiative zu verlieren und sich fatalistisch treiben zu lassen. Aber nicht minder gefährlich ist es, sich einem falschen Optimismus hinzugeben oder den Kopf in den Sand zu stecken.

Was not tut, ist eine nüchterne gründliche Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse, der Möglichkeiten und der dringenden Aufgaben.

Entscheidene Bedeutung kommt dabei der *volkswirtschaftlichen* Bilanz zu. Damit sollen die kulturellen Werte nicht etwa bagatellisiert werden. Aber kräftiges wirtschaftliches Wachstum bildet heute Voraussetzung und eigentlichen Nährboden auch der kulturellen Entwicklung.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat weniger den *absoluten* Stand als einen *Vergleich* mit *der übrigen Schweiz* herauszuarbeiten. Es kommt nicht darauf an, wieweit sich die Existenzverhältnisse gegenüber früher verbessert haben, sondern wie diese im Vergleich der verschiedenen Berufsgruppen untereinander und vor allem im Vergleich mit den übrigen Kantonen stehen. Am untrüglichsten geben trockene Zahlen Antwort auf diese Fragen. Dazu einige Hinweise:

1930 wies Graubünden immerhin noch einen Anteil von 3,1 % der Gesamtbevölkerung der Schweiz auf. Dieser Anteil ist heute auf 2,4 % zurückgegangen.

Allein zwischen den beiden letzten Zählungen von 1950 und 1960 haben 129 Bündner

Gemeinden einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

Diese 2,4 % der Gesamtbevölkerung verteilen sich auf 17 % des gesamtschweizerischen Areals. Das ergibt mit Abstand die geringste Bevölkerungsdichte mit bloß 21 Einwohnern pro km² und bedingt an sich schon eine Reihe zusätzlicher Schwierigkeiten.

Dazu kommt der ausgesprochene Gebirgscharakter des Kantons mit allen topographischen Nachteilen. Überdies ist Graubünden *der* Grenzkanton, entfällt doch rund ein Viertel der Schweizergrenze auf Graubünden, wobei es erst noch auf dieser langen Strecke in der Hauptsache an wirtschaftlich ebenfalls schwach strukturierte Gebiete grenzt.

Ulrich Gadient, Dr. iur., Chur, Präsident der Demokratischen Partei Graubünden

Graubündens Haupterwerbszweig,
die Landwirtschaft,
zeigt seit Jahrzehnten und besonders in den letzten Jahren einen beunruhigendenSchwund:

	1951	1961	1966
Zahl der Rindviehbesitzer	9770	9053	7062

Landwirtschaftliche Bevölkerung (Berufstätige und Angehörige):

	Personen	Anteil an der Gesamtbevölkerung
1941	42 747	33,5 %
1960	27 829	18,9 %

Die bevölkerungsmäßig immer noch stärkste Gruppe ist trotz des Rückganges die Landwirtschaft. Über die Einkommens- und Existenzverhältnisse der schweizerischen Landwirtschaft geben nachstehende zwei Zahlen Auskunft: bei einem Anteil von rund 9 % an der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil der Landwirtschaft am schweizerischen Volkseinkommen:

1948	8,4 %
1965	4,9 %

Das Pro-Kopf-Einkommen erreicht also heute in der Landwirtschaft nur rund die Hälfte der übrigen Erwerbsgruppen.

Dabei handelt es sich bei diesen Zahlen um die schweizerischen Mittelwerte. Die Zahlen für unsere Berglandwirtschaft liegen zweifellos noch bedeutend tiefer.

Es kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu: Mehr als die Hälfte unserer Landwirtschaftsbetriebe sind ausgesprochene *Klein- und Zwergbetriebe* mit unter 5 ha. Diese sind für sich allein nicht lebensfähig sondern kommen nur als Nebenerwerb in Frage.

Sodann droht eine weitere Gefahr: Bereits in der letzten Betriebszählung (1960) war in 54,4 % aller Landwirtschaftsbetriebe Graubündens keine einzige männliche Arbeitskraft unter 40 Jahren mehr anzutreffen. Wie steht es um diese Betriebe in 10 bis 20 Jahren?

Dem *Wald* kam in Graubünden bisher wesentliche Bedeutung zu. Heute droht ein rapider Rückgang des Reinertrages. Eine wichtige zusätzliche Arbeits- und Verdienstmöglichkeit und für viele Bündner Gemeinden eine ihrer wichtigsten Einnahmen werden dadurch in Frage gestellt.

Wie steht es mit den
übrigen Erwerbsgruppen?

	Prozentualer Anteil Graubünden	Prozentualer Anteil Schweiz
Land- und Forstwirtschaft	20,2 %	11,2 %
Industrie und Handwerk	20,3 %	40 %
Baugewerbe	17,9 %	9,5 %
Gastgewerbe	8,1 %	4,5 %
Handel, Banken, Versicherungen	9,2 %	13,6 %

Mit diesen Anteilen steht Graubünden beim *Baugewerbe* und beim *Gastgewerbe* weit an

der Spitze aller Kantone. Leider sind aber gerade diese beiden Berufsgruppen starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt.

Umgekehrt trägt Graubünden ausgerechnet im wirtschaftlich stabilsten und wichtigsten Sektor, nämlich mit seinem Anteil an *Industrie und Handwerk,* in der Reihe aller Kantone mit Abstand das Schlußlicht.

Auch die wirtschaftlich interessante Gruppe *Handel, Banken und Versicherungen* erreicht in Graubünden nur einen Anteil von 9,2 % gegenüber z. B. 13,1 % sogar im Tessin.

Selbst im *Energiesektor,* in welchem wir bisher auf eine gewisse Vorzugsstellung hoffen konnten, drohen Graubünden durch die Atomwerke die Nachteile der peripheren Lage.

Wie ein Bleigewicht hängen sodann immer noch die im Vergleich zu den SBB-Kantonen überhöhten *Bahnlasten* und *Bahntarife* an der bündnerischen Wirtschaft.

Auch in der *Steuerbelastung* steht Graubünden an der Spitze der Kantone.

Dazu fehlt es in weiten Kreisen überhaupt an der Einsicht und am Willen zu systematischer *industrieller Entwicklung.*

Kein Wunder daher, wenn die Untersuchung von *Dr. J. Rosen,* Basel, zum Schluß kommt, daß der bündnerische Pro-Kopf-Anteil am *schweizerischen Volkseinkommen* am niedrigsten von allen Kantonen liegt und nur knapp die Hälfte des Schweizer Mittels erreicht.

Wer über die wirtschaftliche Zukunft Graubündens orakeln will, hat *diese harten Tatsachen* in Rechnung zu stellen. Was nottut, sind nicht vertrauensselige sentimentale Deklamationen, sondern vorerst nüchterne umfassende Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse und der Möglichkeiten, Untersuchungen zwar mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, aber nicht um Theorien zu entwickeln, nicht um ein «Wirtschaftsmodell» oder ein «Leitbild» Graubündens zu planen, sondern als *praktisch* denkende *Volkswirtschafter* die dringlichsten konkreten Einzelmaßnahmen herauszuarbeiten.

Wer kann und soll diese Arbeiten an die Hand nehmen? Ich möchte anregen, eine überparteiliche

neue Ökonomische Gesellschaft Graubündens

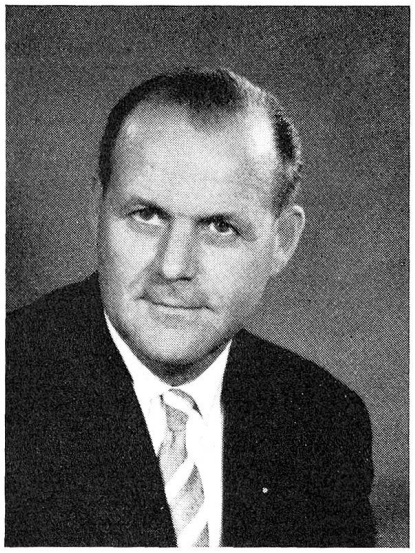
aufzubauen, an welcher sich Vertreter des Kantons, der Gemeinden, der Parteien, der Wirtschaftsverbände, der kulturellen Organisationen beteiligen. Wer macht mit?

Ulrich Gadient

Landschaftsschutz und Industrie

«Graubünden, das Land der 150 Täler, das Land alpiner Herrlichkeit, das Land der unbegrenzten Ferienmöglichkeiten.» Wahrlich, es gibt kaum einen Ausdruck, der das alles zusammenzufassen vermag, was unser Kanton an landschaftlicher Schönheit, an Wanderfreuden und Bergsteigergenüssen zu bieten vermag, ein einzigartiges Ferienparadies. Tragen wir Sorge dazu! Der Städter, in Hast und Unruhe lebend, sucht immer mehr die Ruhe, die Beschaulichkeit. Graubünden kann ihm seine Wünsche erfüllen. Unser Kanton war und bleibt ein ausgesprochenes Verkehrsland; es gilt daher dringend, diese Verkehrswege auszubauen. Dabei müssen, dem Ganzen zuliebe, persönliche und regionale Interessen in den Hintergrund treten. Dörfer und Kurorte müssen umfahren, vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Kurorte dürfen nicht im Verkehr ersticken. Eine sinnvolle Regionalplanung, sei es in reinen Kurortfragen, aber auch in Fragen der infrastrukturellen Vorkehren (Gewässerschutz, Kehrrichtbeseitigung, Luftverpestung usw.) ist eine dringende Notwendigkeit. Der Tourismus besitzt noch große Expansionsmöglichkeiten. Ich denke da vor allem an weite Gebiete des Bündner Oberlandes (Obersaxen, Brigels, die Surselva), Oberhalbstein und Prättigau, um nur einige wenige zu nennen. In erster Linie gilt es, eine gesunde Bodenpolitik zu betreiben, jegliche Bodenspekulation zu unterbinden. Die Ge-

meinden müssen darnach trachten, einen beträchtlichen Teil des für Siedlungszwecke zu erschließenden Bodens dauernd unter Kontrolle zu bringen. Die Nutzung des Bodens muß sich nach einer zweckmäßigen Ordnung vollziehen. Einer Streubauweise muß entgegengewirkt werden. Außer dem ungeheuren Verschleiß an Straßen, Leitungen zerstört diese Bauart auch eine vernünftige Landwirtschaftspolitik. Boden soll möglichst nicht mehr verkauft werden. Das Land ist keine Handelsware wie Zucker und Teigwaren. Bei steigender Nachfrage kann das Angebot nicht einfach erhöht werden. Es stört mich immer wieder, daß wir, die wir ja größtenteils an eine Schöpfung glauben, bereit sind, für Tausende von



Jakob Roduner, Chur, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Graubünden

Franken einen Teil dieser Schöpfung selbst an Ausländer zu verkaufen. Eine echte Liebe zur Heimat soll sich auch im Alltag und nicht nur am 1. August zeigen. Statt des Landverkaufes und dem damit verbundenen hemmungslosen Bauen von Ferienhäusern und Appartementswohnungen durch Makler und Spekulanten könnte der Bauer oder Kleingewerbetreibende die Ferienhäuser selbst erstellen und vermieten und sich damit eine dauernde, zusätzliche Verdienstmöglichkeit schaffen. Landschaftliche Schönheiten, Seeufer sind zu schützen und wenn nötig mit absolutem Bauverbot zu belegen. Die schrankenlose persönliche Freiheit hat sich dem Allgemeinwohl unterzuordnen. Retten wir die Schönheiten unseres Kantons, ehe es zu spät ist. Als warnendes, abschreckendes Beispiel diene uns «Sur Lej» im Engadin. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Hotelerneuerung zu richten. Der Gast wünscht eine einfache, zweckmäßig Wohnlichkeit; er spürt, wo die Gastlichkeit ernstgemeint ist.

Graubünden kann vom Fremdenverkehr allein nicht leben. Eine gewisse sinnvolle Industrialisierung ist unbedingtes Erfordernis. Wir sind jetzt durch den Bernhardintunnel an eine internationale Durchgangsroute angeschlossen. Diese Standortsverbesserung soll nun aber nicht nur dem Gastgewerbe zukommen, sondern dem ganzen Kanton, dem Gewerbe und der Industrie. Ebenso eröffnet die Verbindung nach dem Süden dem Handel neue Möglichkeiten. So wenigstens versuchten uns die Initianten dieser Verkehrsader die kommende wirtschaftliche Lage darzustellen. Jetzt ist es Zeit zum Handeln und das Wort in die Tat umzusetzen. In diesem Zusammenhang muß auch der Bau einer Ostalpenbahn besprochen werden. Es geht nicht um das Problem Splügenbahn oder Tödi-Greina, sondern um die Frage überhaupt, ob Ostalpenbahn oder Gotthard. Es kann, wenn wir uns nicht bald einigen, durchaus möglich sein, daß unser Kanton einmal mehr umfahren wird. Persönlich scheint mir die Variante Splügen, von internationaler Sicht aus betrachtet, die glücklichste und technisch einwandfreiste Lösung zu sein.

Trotz der Atomkraft wird es möglich sein, gewisse Wasserkräfte noch weiter auszubauen. Ich möchte mich aber dem Slogan: «Jeder Tropfen auf die Turbinen» niemals anschließen. Ich bedaure, daß es nicht möglich ist, die gesamte Elektrizitätserzeugung dem Staat zu unterstellen. Vernünftig wäre es, statt alle Energie ins Unterland zu transportieren, die

Elektrizität im eigenen Kanton zu verbrauchen. Wasserzins, Steuern, Bau und Betrieb der Kraftwerke bleiben sich ungefähr gleich, ob die Energie innerhalb oder außerhalb des Kantons verwendet wird. Bei Verwendung der Energie innerhalb unserer Grenzen kommen aber verschiedene Einnahmemöglichkeiten dazu, in erster Linie als Lohnsumme der Industrie als erhöhter Erwerbssteuerertrag. Die gewonnene Kaufkraft belebt Handel und Gewerbe und indirekt auch die Landwirtschaft. Die jungen Leute wären nicht mehr genötigt, ins Unterland auszuwandern. Obwohl das Wort «Planen» in der Schweiz und ganz besonders in Graubünden einen anrüchigen Klang hatte (als Sozialist könnte man darüber einiges ausführen), scheint neuerdings der Ruf nach Gesamtplanung Allgemeingut geworden zu sein. Eine Gesamtkonzeption in Wirtschaftsfragen ist ein dringendes Erfordernis der heutigen Zeit. Ich möchte einige Forderungen anführen: eine Intensivierung der Grundlagenforschung, ohne die keine weitsichtige Wirtschaftspolitik betrieben werden kann; Ausarbeitung eines Industrialisierungsprogramms auf der Grundlage einer sorgfältigen Strukturforschung; vermehrte Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend. In erster Linie aber muß ein industriefreundliches Klima im Kanton geschaffen werden; hier sind noch gewaltige Widerstände zu überwinden. Beim Aufbau der Industrie denke ich nicht an die Ansiedlung großer Fabriken, Raffinerien usw., sondern an den Zuzug mittlerer kapitalkräftiger Betriebe, die Qualitätsprodukte herstellen. Einen ermutigenden Schritt in dieser Richtung hat Disentis mit seinem neuen Fabrikbau getan. Wir wollen eine Industrialisierung, aber damit verbunden keine Verschandelung der Natur, des Wassers und der Luft. Die Erhaltung eines gesunden Lebensraumes liegt im öffentlichen Interesse. All diese Aufgaben können nicht von einer kleinen Gruppe interessierter Kreise gelöst werden. Dazu braucht es den Zusammenschluß aller Kräfte, der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Politik. Bei aller Gegensätzlichkeit müssen alle diese Kreise zusammenarbeiten, Eigeninteressen zum Wohle der Gesamtheit zurückstellen, immer ein Ziel vor Augen:

Graubündens Weg in eine frohe Zukunft!

Jakob Roduner

Grundlagenforschung

Dank seiner internationalen Transitstraßen über die Alpenkette war der alte Freistaat der Drei Bünde in Europa ein politischer Machtfaktor. Aber auch nach seiner Einverleibung in die Eidgenossenschaft zählte unser Kanton bis in die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu den wirtschaftlich starken Gliedern unseres Staatswesens. Mit dem Wegfall des internationalen Transits durch den Bau der Gotthardlinie haben sich unsere wirtschaftlichen Grundlagen geändert, und der Bau der Rhätischen Bahn wie die Entfaltung des Fremdenverkehrs vor dem ersten Weltkrieg vermochten diese Strukturänderung zum Teil wohl aufzufangen, jedoch nicht zu kompensieren. Die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Krisenjahre haben den Verlust eines Teiles unserer natürlichen Wirtschaftssubstanz recht deutlich zum Ausdruck gebracht, indem wir seit einigen Dezennien zu den volkswirtschaftlich schwächsten Gliedern unserer Eidgenossenschaft zählen. Die Aufgabe unserer Eigenstaatlichkeit – ob diese auf die Dauer haltbar wäre, steht hier nicht zur Diskussion – und unsere heutige periphere Lage im Bundesstaat lassen uns diese Wandlung der Wirtschaftsstruktur doppelt verspüren. Sie ist nicht allein materieller, sondern ebensosehr psycholgischer Natur. Von einem einst weltweiten Denken sind wir mehr und mehr in regionales Handeln zurückgefallen. So haben wir im Wirtschaftsleben – mit wenigen löblichen Ausnahmen – nicht immer mit den Erfordernissen der Zeit und der Entwicklung der Technik Schritt gehalten, wie es für eine wirkliche Strukturver-

besserung nötig gewesen wäre, die unser früher begründetes Selbstbewußtsein aus der Vergangenheit in die Gegenwart getragen hätte. Mitbestimmend war, daß sich die bündnerische Volkswirtschaft mehr und mehr nach der übrigen Eidgenossenschaft ausrichtete und seine früheren weltweiten Verbindungen fahren lassen mußte. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß unsere Miteidgenossen an dieser Entwicklung – und zwar nicht nur im Verhalten in der Ostalpenbahnfrage, sondern zum Teil auch in der Kraftwerk- und Energiepolitik (BK u. a.) – nicht unschuldig sind. Doch heute, da sich auch in unserer Ostalpenregion ein Silberstreifen am Horizonte zeigt, da der Bernhardintunnel als erster schweizerischer Nationalstraßentunnel verwirklicht ist, wollen wir nicht Vergangenes wälzen, sondern unsern Blick in die Zukunft richten.

Jakob Schutz, Filisur, Präsident des Bündnerischen Gewerbeverbandes

Grundsätzlich sei festgehalten, daß wir nicht mehr in unsere einstige Eigenstaatlichkeit zurück können oder wollen, sondern daß es für den Kanton Graubünden nichts anderes mehr geben kann, als sich nach der eidgenössischen Wirtschaftspolitik auszurichten. Was wir aber von unsern Miteidgenossen fordern und fordern müssen, ist ein größeres Verständnis für unsere substantiellen Wirtschaftsgrundlagen. Primär wird aber nach wie vor von entscheidender Bedeutung sein, wie wir selbst bereit und gewillt sind, unsere Zukunft zu gestalten. Dazu ist eine alle Gebiete unserer Volkswirtschaft umfassende Wirtschafts- und Verkehrsplanung erste Voraussetzung. Vor zwei Jahren hat sich auf privater Basis eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, der verschiedene Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik angehören. Ein erstes Leitbild ist zusammengetragen, und in engem Kontakt mit unserer Regierung sind die ersten Vorarbeiten in die Wege geleitet worden. Wichtig erscheint mir, daß diese Planungsstelle vom freien Unternehmertum getragen wird und nicht zu einer staatlichen Stelle wird, und daß der Staat bereit ist, auch ein von den verschiedenen Wirtschaftsgruppen getragenes Institut aktiv und ohne Einengung zu unterstützen. Voraussetzung ist, daß eine solche Planungsstelle nicht zum Selbstzweck wird, sondern daß sie von einem schöpferischen, in die Zukunft gerichteten Unternehmergeist getragen wird.

Wenn unser Kanton und die ostschweizerische Region als erste zu einer wintersicheren Nationalstraße durch den San Bernhardin gekommen sind, so aus dem einzigen Grunde, weil verhältnismäßig früh maßgebende Persönlichkeiten die Bedeutung eines solchen Werkes für unsere engere Heimat erkannt haben und im gegebenen Zeitpunkt mit den Vorarbeiten denen anderer schweizerischer Projekte eine Nasenlänge voraus waren. Leider ist dies auf anderen Verkehrssektoren nicht der Fall. Gerade in der für unsere wirtschaftliche Strukturverbesserung so bedeutungsvollen Ostalpenbahnfrage vermissen wir heute ein eigenes Planungsinstitut und die nötige Grundlagenforschung auf breiter Basis. Hier zeigt es sich ganz eindeutig, daß die von Bern in Auftrag gegebenen Gutachten nur auf bestehende statistische Grundlagen abstellen, so daß sie nicht nur unseren legitimen Verkehrsinteressen nicht gerecht werden, sondern auch jeden schöpferischen, in die Zukunft gerichteten Geist vermissen lassen. Eine richtig verstandene Wirtschafts- und Verkehrspla-

nung darf sich aber nicht nur allein mit volkswirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen, sondern sie muß ihre Grundlagenforschung auch auf die Bildung, Kultur, Sozialpolitik usw. ausdehnen und praktisch alle Belange unseres Lebensbereiches erfassen. Hier müssen Wirtschaftsfachleute, Techniker, Soziologen, Politiker usw. aktiv zusammenarbeiten, und die regionalen, konfessionellen und sprachlichen Schranken haben sich den Erfordernissen der Zeit und der Zielsetzung unterzuordnen.

Ohne solide wirtschaftliche Grundlagen werden wir auf die Dauer nicht in der Lage sein, unsere Kultur zu erhalten und die ideellen Werte zu fördern. Wir dürfen uns den modernen Lebensauffassungen nicht verschließen, sondern müssen mit einer klaren Konzeption in die Zukunft schreiten und die bestehenden Voraussetzungen – an denen es auch in Graubünden nicht mangelt – mutig und zielstrebig nutzen. Dann wird sich auch die kommende Generation nicht nur in einem «Heimatmuseum» fühlen und bereit sein, aktiv an der Gestaltung der Zukunft unseres schönen Bündnerlandes mitzuarbeiten.

Jakob Schutz

Erhaltung der Landwirtschaft

Der Betriebszählung 1941 entnehmen wir, daß damals noch 50 % unserer Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren. Unterdessen hat sich das Bild zufolge der massiven Abwanderung geändert. Wir stellen einmal eine intensive Abkehr von der Landwirtschaft fest. Dann aber auch – teilweise als Folge dieser ersten Erscheinung – einen starken Drang in die Stadt und in die größeren Wohnzentren. Kann diese Entwicklung aufgehalten werden, und ist die Landwirtschaft in der Lage, hier im eigenen und im Interesse der gesamten Volkswirtschaft mitzuwirken? Beim Studium dieser Fragen sind vorerst folgende Überlegungen anzustellen:

– Auch die beschränkten Möglichkeiten der Mechanisierung in der Landwirtschaft haben zahlreiche Arbeitskräfte frei gemacht. Die gleiche Wirkung hatte die Verschmelzung kleinerer Betriebe zu größeren Einheiten. Eine gewisse Abwanderung aus der Landwirtschaft war deshalb notwendig und hat zu einer vorteilhaften Stärkung einer größeren Anzahl Betriebe geführt.

– Es trifft zu, daß der Weiterbestand einer großen Zahl von Bündner Berggemeinden heute noch von der Landwirtschaft abhängig ist. Die Konzentration und damit die Dezimierung der Betriebe hat zur Folge, daß die Landwirtschaft allein nur in wenigen Gemeinden isoliert weiter bestehen kann.

– Die Berglandwirtschaft verfügt noch über Produktionsreserven. Die Reduktion des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Schweiz, die Konsumausweitung bei den tierischen Erzeugnissen und der Bevölkerungszuwachs sind Entwicklungstendenzen, welche der landwirtschaftlichen Produktion des Berggebietes neue Chancen bieten.

Die wenigen Hinweise genügen für eine kurze Skizzierung einzelner Aspekte der bündnerischen Landwirtschaft.

1. Als vollwertiger Wirtschaftspartner ist sich der Bündner Bauer bewußt, daß die Landwirtschaft sich vermehrt in den Dienst der Erhaltung unserer Bergbevölkerung und der Stärkung unserer Gesamtwirtschaft stellen muß. Diese Partnerschaft ist vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Tourismus realisierbar, wo der Bauer die «Gärtnerarbeit» im weitesten Sinne des Wortes ausführt und dabei selber einen wirtschaftlichen Nutzen hat. Spezialisten stellen fest, daß die städtische Bevölkerung in noch wesentlich vermehrterem Maß das Bedürfnis empfindet, ihre regelmäßigen Ferien in den Bergen zu verbringen. Wenn unsere Gebiete schon dazu prädestiniert sind, Naturschönheiten, Ruhe und Erholung zu bie-

ten, so ist es vorab die Aufgabe der Bergbevölkerung selber, diese Vorzüge zu schätzen und zu erhalten. Dazu ist in erster Linie der Bauernstand aufgerufen. Es ist dies eine neue Aufgabe, welche dem ganzen Volk Nutzen bringt.

2. Der Beruf der Bergbauern ist beschwerlich, weil die Vegetationszeit kurz und das zu bewirtschaftende Land vielfach steil und uneben ist. Die Landwirtschaft benötigt für die intensive Nutzung Land, das sich für den Maschineneinsatz eignet. Die Bejahung des Tourismus mit dem Bau von Ferienwohnungen

Gion Clau Vinzens, Dr. ing. agr., Chur, Präsident des Bündner Bauernverbandes

verlangt gleichzeitig eine weitsichtig geplante Zonenausscheidung, wobei steilere Gebiete für die Überbauung zu reservieren sind.

3. Als Viehzüchter hatte der Bergbauer bis anhin nicht die Möglichkeit, seine Produkte direkt dem Konsumenten auf dem Markt anzubieten. Die lange Kette der Interessenten, die vom Produzenten bis zum Konsumenten reichen muß, hat bewirkt, daß der Viehmarkt mit Bezug auf Absatz und Preis ständigen Schwankungen unterworfen war. Die Entwicklung zeigt, daß die schweizerische Landwirtschaft immer weniger in der Lage ist, den Fleischbedarf zu decken. Es ist das aber auch eine internationale Erscheinung. Es liegt daher im Zuge der Selbsthilfe, wenn auch der Bergviehzüchter sich in vermehrtem Maße der Produktion von Rind-, Schweine- und Schaffleisch widmet. Dazu fehlen noch leistungsfähige Organisationen, die die Produktion, die Veredlung und den Detailverkauf in einem Interessenkreis zu erfassen haben.

4. Die Produktion im Berggebiet — das Zuchtvieh — ist jeweils im Herbst als Massenangebot zum Verkauf bereitgehalten. Die traditionelle Marktorganisation ist überlebt. Es geht heute darum, einen Dauermarkt zu organisieren, bei dem das im Moment vorhandene Angebot sichtbar gemacht werden kann. Dazu benötigt unsere Berglandwirtschaft vier bis fünf größere, zentral gelegene Markthallen.

5. Vor allem auch im Hinblick auf die internationalen Bestrebungen muß der Landwirt in Zukunft als vollwertiger Wirtschaftspartner gelten. Die teilweise durch eine falsche Agrarpolitik entstandene Fehlentwicklung muß mit Hilfe der öffentlichen Hand korrigiert werden. Dazu gehören die mangelhafte Berufsausbildung und unverantwortliche Realteilung von Boden und Ökonomiegebäuden.

G. Clau Vincenz